

# Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet  
1877

„Aus den Tannen“

Farnsprecher  
Nr. 11

Wantsblatt für den Bezirk Nagold und für Allensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Wegzugspreis: Wöchentlich 10 Goldpfennige. Die Einzelnummer kostet 10 Goldpfennige. Bei Nicht-Annahme der Zeitung infolge bösserer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Versicherung. Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 12 Goldpfennig, die Restzeile 35 Goldpfennig. Bei längerer Dauer ermäßigt. Für telefonisch erteilte Aufträge Übernahme der Kosten. — Für telefonisch erteilte Aufträge Übernahme der Kosten.

Nr. 35

Allensteig, Montag den 11. Februar.

Jahrgang 1924

## Die „Reparationsprovinz“.

Im letzten Herbst schien es, als seien gewisse Kreise im unbesetzten Deutschland geneigt, die Westmark des Reiches unseren Hauptgläubigern und Peinigern im Westen als eine Art „Reparationsprovinz“ präzuzugeben. Eine solche Stimmung konnte überhaupt nur Wobden gewinnen, weil Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit immer mehr um sich griffen. Ende des vergangenen Jahres ist endlich die Selbsterrettung erfolgt; die ersten greifbaren Ergebnisse der so lange verschobenen inneren Allianz haben auch das Vertrauen in die Zukunft wieder erhellen lassen. Heute halten nur noch Frankreich und Belgien an dem Gedanken fest, daß ihnen ein Teil des Deutschen Reiches, und zwar der reichste und leistungsfähigste, für die Erfüllung übertriebener Ansprüche haften soll. In den letzten Jahren haben unsere Gläubiger Beträge von Milliarden von Goldmark aus der erschöpften deutschen Wirtschaft herausgepreßt. Nur zum kleinsten Teil sind diese Beträge ihrem eigentlichen Zweck dienbar gemacht worden: dem Aufbau der französisch-belgischen Kriegsrüinen. Der größte Teil ist für nutzlose, ja sogar schädliche Anwendungen vergeudet worden, nämlich für den Unterhalt einer unzerstörbaren schillernden Soldateska und einer ideenlos herumtollenden landfremden Verwaltungsbürokratie. Aber noch viel größer sind die Schäden, die man uns durch Austreibung friedlicher Einwohner, durch „Beschlagnahmungen“, sowie durch Erschwerung des Verkehrs und des Warenanstandes zugefügt hat. Aus den Verhandlungen der französischen Kammer während der letzten Woche ging hervor, daß selbst die eigentlichen „Aufbauelder“ in der leichtfertigen Weise vergeudet worden sind, d. h., daß man gewisse Ansprüche um das Mehrfache überzahlt, andere dafür bisher überhaupt noch nicht berücksichtigt hat. Pointe steht heute noch auf dem Standpunkt, daß die deutsche Westmark als Pfand in den Händen der Hauptgläubiger Frankreich und Belgien bleiben müsse. Wir Deutsche und nachgerade fast alle übrigen Völker der Erde sehen in der Fortsetzung der französisch-belgischen Pfänderpolitik das Haupthindernis für eine schnelle und endgültige Ablösung der aus der Kriegszeit vererbten internationalen Schuldenverpflichtungen.

Der neue britische Ministerpräsident, der Arbeiterparteieller Macdonald, hat bei allen scharfen Auseinandersetzungen über Frankreichs Rhein- und Ruhrpolitik beteuert, er werde alles versuchen, um die Entente aufrecht zu erhalten. Die Ehrlichkeit verlangt, festzustellen, daß Pointe bisher auch noch nicht um Haarsbreite von seinem alten Standpunkt abgedrängt worden ist. Er bot in vieler Hinsicht die Möglichkeit, ein Entgegenkommen zu bewirken, das die anderen Alliierten vorläufig zur Genüge hielt, ohne indessen an dem Wesen der französisch-belgischen Reparationspolitik etwas zu ändern. Die unter Zustimmung des Reiches von den großen westdeutschen Wirtschaftsorganisationen während der letzten Monate getroffenen Vereinbarungen (die sogenannten „Ricumbeträge“) können nicht beliebig weiter geführt werden, ohne unser wichtigstes Wirtschaftsgebiet gründlich zu ruinieren. Der Bergbau und die Schwerindustrie des deutschen Westens zehren heute von der Substanz, und zwar in einem Umfang, über den sich ein Ansehenhabender keine volle Rechenschaft ablegen kann. Je länger Pointe eine endgültige Lösung der Reparationsfrage und der eng mit ihr zusammenhängenden Rhein- und Ruhrfrage hinaus zu schleppen versucht, umso gründlicher wird die „Reparationsprovinz“ zerstört, und umso problematischer wird der Nutzen, den das Eingreifen der Weltwirtschaftsdörfer noch bringen kann. Die amerikanischen Mitglieder der in Berlin weilenden Untersuchungskommissionen haben in ihren öffentlichen Mitteilungen bewiesen, daß sie nicht nur von der Wichtigkeit, sondern auch von der Dringlichkeit der schwebenden Finanz- und Wirtschaftsfragen überzeugt sind. Schon die allernächsten Wochen müssen einen Erfolg, der auf Frieden und ruhige Wirtschaftsentwicklung gerichtete internationale Bestrebungen bringen, wenn die in den Händen Frankreichs und Belgiens befindliche „Reparationsprovinz“ ein Helfer beim großen europäischen Aufbauwerk bleiben und nicht vielmehr selbst Gegenstand einer internationalen Fürsorgetätigkeit werden soll. Das deutsche Volk kann nicht hart genug den Gedanken ablehnen, daß ein Teil seines Landes und ein Teil der Bevölkerung geopfert werden sollen, um maßlosen Forderungen einer Minderheit unserer Gläubiger Genüge zu tun.

## Notruf des Ruhrgebiets.

Berlin, 10. Febr. Einen Notruf richtet die Arbeiterpresse des Ruhrgebiets an die zweite Sachverständigenkommission, die zur Zeit in Berlin tagt. „Kommt ins Ruhrgebiet“, fordert diese auf, „um sich von den juchzenden Zuständen zu überzeugen, die die Fremdherrschaft hier geschaffen hat. Das politische Leben existiert unter den Vorschriften, die für Versammlungen erlassen sind. Der Presse ist der Maulkorb angelegt, sie darf nicht sagen, wie die Dinge sind. Rigorose Zeitungsverbote hageln nieder. Das Ruhrgebiet ist von französischen Spionen überschwemmt, ein fälsches Wort wagt niemand zu sagen. Die französischen Militärgerichte verhängen wegen geringster Vergehens gegen ihre vielen Verordnungen schwerste Strafen, vornehmlich hohe Geldstrafen, die manchmal ruhmlos wirken. Das Schlimmste aber ist die wirtschaftliche Not. Noch immer liegt ein großer Teil der Zechen und Eisenerze im Stillstand, die Fabriken auf Feuerstätten müssen auf der Grube angelegt werden, weil es an Kohlenwagen mangelt. Manche Bergleute müssen zwei oder drei Tage in der Woche aussetzen. Hunger und Erbitterung bei den Hunderttausenden, die noch keine Arbeit finden konnten. Will die zweite Sachverständigenkommission ihre Aufgabe gewissenhaft erfüllen, dann muß sie sich im Ruhrgebiet an Ort und Stelle von den Tatsachen überzeugen. 560 000 Bergleute fanden vor dem Ruhrmarsch in Brot und Arbeit, heute ist es nur die Hälfte und auch diese muß oft tagelang wegen Wagenmangels feiern. Das Ruhrgebiet, die Herklammer Deutschlands, kann nur dann wieder eine Einnahmequelle werden, wenn es restlos dem deutschen Wirtschaftsgebiet — ohne Schranken und Hölle — eingegliedert wird. Erstes Erfordernis ist die Ubergabe der Eisenbahn an die deutsche Verwaltung. Vor der Befreiung wurden von ihr täglich 22 000—24 000 Wagen für die Kohlenabfuhr gestellt (im Frieden gar 30 000 bis 40 000); die Regiebahn aber kann nicht 17 000 Wagen stellen, und diese haben einen viel längeren Umlauf. Die Zechen können ihre Kohlenförderung gar nicht ausnützen. Wie aber soll der Bergbau, so die Eisenindustrie die durch die Mietverträge auferlegten Lasten tragen, wenn nicht die Möglichkeit gegeben ist, die Produktion wieder auf Vorkriegshöhe zu bringen? Die Möglichkeit ist gegeben, die Vorkriegsproduktion wäre bereits erreicht, wenn die Arbeitermasse Gelegenheit zur Arbeit hätte, sie haben sie aber nicht, solange die unfähige Regie die Eisenbahnen verwaltet.“

## Um die Goldnotenbank.

Berlin, 10. Febr. Der Unterausschuß für Währungsfragen des ersten Sachverständigenausschusses verhandelte mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht über die Frage der Goldnotenbank. Ueber den Inhalt des Entwurfs dieser Bank gehen die Meinungen auseinander. Die einen behaupten, die Bank wird ihrer Sitz im Haag erhalten, die anderen glauben, daß das Institut in Deutschland seine Heimat erhält. Andere wieder wollen wissen, daß der Ausschuss eine 50prozentige Kapitalbeteiligung des Auslandes vorgeschlagen hat. Aus den verschiedenen Versionen geht nur so viel hervor, daß man nicht genau weiß, was der Vorschlag eigentlich an Einzelheiten enthält; absolut sicher ist daher nur die Tatsache, daß der erste Sachverständigenausschuß der Reparationskommission überhaupt einen Vorschlag gemacht hat. Wenn auch dieser Vorschlag für uns noch so günstig sein sollte, so muß immer wieder daran erinnert werden, daß die Berichte der beiden Sachverständigenausschüsse der Reparationskommission lediglich als Unterlagen für ihre nach freiem Ermessen gefällte Entscheidung dienen. Dies war auch der Standpunkt, den der Reichsbankpräsident und Reichswährungskommissar Dr. Schacht in seiner Königsberger Rede einnahm. Er hob besonders die von uns eben geäußerte Befürchtung hervor, daß nämlich die Reparationskommission den Goldnotenbankplan verschleppen wird. Aber, so betonte Dr. Schacht mit Recht, die deutsche Wirtschaft könne unmöglich so lange warten, sie brauche Goldkredite. Es hängt daher von der Einsicht der Gegenseite ab, ob der deutschen Wirtschaft durch solche von der neuen deutschen Goldnotenbank gegebenen Goldkredite die nötige Kraft zugeführt werden kann, die sie braucht, um Reparationsleistungen überhaupt zu tätigen. Verschließt man sich in Paris dieser Einsicht, so braucht man sich nicht der Hoffnung hinzugeben, daß unsere Reparationsgläubiger auch nur einen Pfennig noch aus

Deutschland herausziehen können. Vorseitig nimmt man diese Ausführungen Dr. Schachts in Paris recht ernst.

Der Unterausschuß des 1. Sachverständigenausschusses für Budgetfragen verweilte mehrere Stunden im Reichsfinanzministerium und nahm Einblick in die Verwaltung der Reichsfinanzen. Die Eisenbahndirektoren setzen die Beratungen mit den für das deutsche Verkehrsweesen maßgebenden Stellen fort. Am Montag und Dienstag werden Persönlichkeiten des deutschen Wirtschaftslebens aus Bank-, Handels-, Industrie- und landwirtschaftlichen Kreisen sowie führende Männer der Arbeitnehmer gehört werden.

## Neues vom Tage.

### Der Kampf um die Aufwertung.

Berlin, 10. Febr. Der 15er Ausschuss des Reichstags beschloß bezüglich des Artikels I (Aufwertung) und II (Öffentliche Anleihen) der dritten Steuernotverordnung, nicht in die sachliche Beratung einzutreten, sondern die Regelung der darin behandelten Gegenstände dem Reichstage unter alsbaldiger Vorlegung eines Gesetzesentwurfs durch die Reichsregierung im Wege der ordentlichen Gesetzgebung zu überlassen. Hierauf erklärte Reichsfinanzminister Dr. Luther, daß der eben gefasste Beschluß, die Reichsregierung von der ihr durch das Ermächtigungsgesetz übertragenen verantwortlichen Entscheidung darüber nicht entbinde, ob sie die Verordnung, nachdem nunmehr die Anhörung des zuständigen Reichstagsausschusses erfolgt sei, auch insoweit erlassen müsse, als der soeben mitgeteilte Beschluß die Beratung im Fünfzehnerausschuß beendet hat. Der Vorschlag des Vorsitzenden, durch Vermittlung des Reichstagspräsidenten zur Vorbereitung für die Plenarverhandlungen die Artikel I und II der dritten Steuernotverordnung dem Reichstagsausschuß zu überweisen, fand die Zustimmung der Regierung. Der Vorsitzende erklärte darauf ohne Widerspruch der Regierung, daß sich vielleicht im Laufe der Beratungen ein Weg finden werde, um auch die Aufwertungsfrage alsbald noch in einem Reichstagsausschuß zu behandeln.

In der Freitagssitzung kamen die Artikel III und IV der Steuernotverordnung zur Beratung. Art. III behandelt den Geldentwertungsausgleich, wobei der demokratische Änderungsantrag trotz Einspruch der Regierung angenommen wurde.

Der Finanzpolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrats hat mit Bezug auf die dritte Steuernotverordnung eine Entscheidung angenommen, in der er es für unmöglich erklärt, die Frage der Aufwertung auf dem Wege einer Notverordnung zu regeln. Er empfiehlt der Regierung den Weg der ordentlichen Gesetzgebung.

### Der Wahlreformentwurf der Regierung.

Berlin, 10. Febr. Aus parlamentarischen Kreisen erfährt man einige Grundzüge des nunmehr fertiggestellten Regierungsentwurfs zur Wahlreform. Die Wahlreform kann demnach mit einfacher Mehrheit beschlossen werden, weil sie nur das Wahlgesetz vom April 1920 ändert, während die in der Reichsverfassung verankerten Grundsätze unberührt bleiben. Der Entwurf stellt ein technisch recht geschicktes Kompromiß dar zwischen dem Listenwahlssystem und dem System kleiner Wahlkreise. Die Gesamtzahl der Mandate soll auf 399 beschränkt werden. Die Durchschnittsziffer der auf den Kandidaten entfallenden Stimmen ist auf 75 000 (bisher 60 000) festgesetzt.

### Der Hitler-Prozess verlagert.

München, 10. Febr. Für den Hitler-Prozess war bisher der Saal V im Gerichtsgebäude am Markthilfsplatz in Aussicht genommen. Die große Anzahl der Beteiligten und Pressevertreter, sowie das sonstige rege Interesse an diesem Prozess hat die Wahl eines anderen Saales nötig gemacht, da der Saal V sich als zu klein erwiesen hat. Es ist nunmehr gelungen, im Gebäude der ehemaligen Kriegsschule die nötigen Räume zur Verfügung gestellt zu erhalten. Dem Wunsch aus den Kreisen der Verteidiger entsprechende und wegen der noch zu treffenden technischen Vorbereitungen des Prozesses ist der Verhandlungsbeginn auf Dienstag, den 26. Februar, verlagert worden.

### Ergebnis der Sachverständigen-Unterhandlungen?

Basel, 10. Febr. Der Berliner Korrespondent der „Basler Nachrichten“ will über das Ergebnis der Sachverständigen-Unterhandlungen aus allerehrer, nicht deutscher Quelle folgendes erfahren haben: Die Sachverständigen-Komitees sind einmütig — auch die Vertreter Frankreichs und Belgiens — nach der Prüfung des ihnen übergebenen Materials zu der Ansicht gelangt, daß die erste Verhandlung für eine zu-

Friedensstellende Lösung des Reparationsproblems die Bestimmung des Ruhrgebietes durch die Franzosen ist. Diese Ansicht wird der französischen Regierung übermitteln werden gleichzeitig mit der Andeutung, daß von einer Anleihe für Deutschland und damit von Geld für Frankreich keine Rede sein kann, solange die deutsche Regierung nicht wieder die volle Verfügung über das Ruhrgebiet hat.

#### Neue Pfalzvorläufige Frankreichs.

London, 10. Febr. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, die französische Regierung habe eine neue Forderung in Sachen der Verwaltung der Pfalz unterbreitet. Sie sehen u. a. folgendes vor: 1. Rückkehr der regulären Beamten aus dem Reich oder aus Bayern nach der Pfalz, soweit sie nicht besonders auf Befehl der Koblenzer Oberkommission ausgewiesen worden wären. 2. Ungültigkeit der Anweisungen, die von den Separatisten auf deren eigene Initiative oder durch die britischen Besatzungsbehörden im Verein mit diesen durchgeführt wurden.

#### Erfolgreiche Beschwerden.

Berlin, 10. Febr. Der Geschäftsordnungs-Ausschuß des Reichstags behandelte eine Beschwerde des kommunistischen Abgeordneten Bary, der in Stuttgart verhaftet worden war und Befreiung seiner Immunität als Reichstagsabgeordneter behauptete. Der Ausschuss erklärte die Beschwerde des Abg. Bary als berechtigt an und richtete an den Reichsinnenminister und an den württembergischen Justizminister das Ersuchen, die strafrechtliche disziplinarische Befolgung der schuldigen Beamten zu veranlassen.

#### Günstige Betriebelage bei der Reichsbahn.

Berlin, 10. Febr. Nach Mitteilungen von unterrichteter Seite hat sich der Verkehrsumfang der Reichseisenbahn im Güterdienst außerordentlich gehoben. Er beträgt gegenwärtig volle 100 Prozent des normalen Dienstes. Die Steigerung des Frachtgeschäftes bewirkt namentlich auch eine günstige Gestaltung der Einnahmen, so daß jetzt Aussicht besteht, daß in naher Zeit Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht kommen.

#### Poincaré in Schwierigkeiten.

Paris, 10. Febr. Am Freitag nachmittag verbreitete sich in politischen Kreisen des Gerücht, das Kabinett Poincaré sei zurückgetreten. Das Gerücht, das sich bei Kapazität als falsch erwies, ist durch folgenden Zwischenfall in der Nachmittags-Sitzung der Kammer entstanden. Eine Rede des rechtsrepublikanischen Abgeordneten Tappinier gegen die Radikalen zu den Spargesetzen rief ärmlichen Widerspruch der Linken hervor. Der Vize wurde schließlich so stark, daß Poincaré sich erhob und die Abgeordneten ersuchte, eine würdigere Haltung zu bewahren. Nunmehr wandte sich die Mut der Linken gegen den Ministerpräsidenten. Plötzlich erhob sich Poincaré in großer Erregung und verließ, von allen Ministern gefolgt, den Saal. Diese Kundgebung der Minister rief eine große Bewegung hervor. Eine Viertelstunde lang schien der Rücktritt des Kabinetts unvermeidlich. Was mittlerweile im Palais Bourbon vorging, ist zur Stunde noch nicht bekannt. Um 4 1/2 Uhr erschienen Poincaré und die Minister wieder im Saal und nahmen ihre Plätze auf der Regierungsbank wieder ein.

Paris, 10. Febr. Die Presse hält es für immer wahrscheinlicher, daß das Kabinett Poincaré, wenn auch nicht vor der Kammer, so doch vor dem Senat zu Fall kommen wird. Der Senat wird die Verordnungspraxedur ablehnen, wenn man diese überhaupt noch vor den Wahlen unterbreiten werde.

Der Ausgang der bisherigen Abstimmungen hat gezeigt, daß Poincaré in allen Fragen auf eine, wenn auch nicht besonders große Mehrheit rechnen kann. Eine andere Frage aber ist es, ob wenn die Beratungen in dem bisherigen Tempo weitergehen, die Vorlage vom rechtzeitig verabschiedet werden kann.

#### Lloyd Georges Ablenkung unrichtig.

Berlin, 10. Febr. Aus London meldet das „Berliner Tageblatt“: Lloyd George hat die berühmte gewordenen Pariser Schriftstücke dem Auswärtigen Amt mit einem Begleitschreiben zurückgeschickt, in dem er sein Bedauern über die „Missverständnisse“ ausdrückt. MacDonald hat daraufhin die Dokumente geprüft. Der Journalist Spencer, der die Unterredung mit Lloyd George veröffentlicht hat, teilte einem Vertreter des „Daily Dispatch“ mit, daß er nichts zurücknehme. Lloyd George habe ihm gegenüber ganz gewiß keinen Unwillen über die Unterzeichnung der Geheimverträge während seiner Abwesenheit in London ausgesprochen. Er habe damit nicht Wilson, sondern Clemenceau tabeln wollen, daß er während seiner Abwesenheit diesen Trud auf Wilson ausgeübt habe. „Wogegen ich mich wende“, sagte Spencer, „ist, daß Staatsmänner hinter dem Rücken ihrer Länder solche Geheimverträge abschließen, und es handelt sich um einen Geheimvertrag, der hinter Lloyd Georges Rücken abgeschlossen wurde. Es muß aber jemand da sein, der den Mut hat, die Welt das wissen zu lassen. Deswegen habe ich gesprochen, denn dies ist die Pflicht eines Journalisten.“ Angesichts dieser Erklärungen des englischen Journalisten Spencer versteht man nicht, warum Lloyd George plötzlich wieder mal umfällt und sein „Bedauern über die Missverständnisse“ ausdrückt, wenn tatsächlich ein Geheimvertrag zwischen Wilson und Clemenceau vorgelegen hat.

### Württembergischer Landtag.

#### Die Annahme des Kirchengesetzes.

Stuttgart, 9. Febr.

Am Samstag wurde auf die Große Anfrage Balle (V.B.) betreffend „Schwarz-weiß-rot“ von Staatspräsident Dr. Hieber erklärt: Die Regierung hat keine Veranlassung, im gegenwärtigen Augenblick die Frage zu beantworten.

Hierauf wurde die 3. Lesung des Kirchengesetzes fortgesetzt. Bei der Abstimmung wurde die von der Sozialdemokratie beantragte Streichung der einschränkenden Bestimmungen über den Kirchenaustritt mit 47 gegen 38 Stimmen abgelehnt. Auch der von der Sozialdemokratie beantragte Artikel über Heranziehung juristischer Personen zur kirchlichen Besteuerung wurde aufrecht erhalten. Ebenso wurde abgelehnt mit 45 gegen 42 Stimmen ein Antrag Scheef-Heymann, wonach die Landes- und Erbschaftsteuer einheitlich und gleichmäßig als prozentualer Zuschlag zur Einkommen- und Vermögenssteuer sowie zur Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer erhoben werden sollen. Das staatliche Genehmigungsrecht für kirchliche Anleihen wurde entgegen einem Antrag Scheef-Heymann mit 46 gegen 40 Stimmen endgültig aus dem Entwurf gestrichen. Annahme fand ein Antrag Blume, wonach der katholische Kirchenrat binnen 3 Jahren aufzuheben ist. Zwischenhinein wurden die Anträge Scherrmann (Zentr.) und Strödel (V.B.) über die Angelegenheit des Beitrags zu künftigen Steuerveranlagungen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen, ebenso das Beamtenbesoldungsgesetz.

In der Schlussabstimmung über das Kirchengesetz fand dieses mit 54 gegen 24 Stimmen (Bürgerpartei und Bauernbund) endgültige Annahme.

Die Fraktion der V.B. hat die Ablehnung des Gesetzes mit einer Erklärung begleitet: „Das Gesetz verdankt die Fassung, die es im Landtag erhalten hat, in wichtigen Punkten nicht sachlichen Erwägungen. Sonst wäre die Staatsaufsicht über die Kirchen auf das Notwendige beschränkt, insbesondere nach dem Grade des öffentlichen Interesses abgestuft worden. Dies hätte zu einer großen Erleichterung der Arbeit des Staates sowohl wie der Kirchen und zu erheblicher Kostenersparnis geführt. Seit einiger Zeit vereinfachen die regierenden Parteien die Staatsverwaltung mit einer

geradezu brutalen „Großzügigkeit“. Wohlerworbene Rechte von gewaltigem Umfang und die wichtigsten Rechtsparanzen zerbrechen wie Glas unter ihren Händen. Warum wird in dieser Ära der Staatsvereinfachung für die Kirchen eine Art der Regelung neu eingeführt, die auf allen anderen Gebieten jetzt beseitigt wird? Die regierenden Parteien haben zum Teil unter Preisgabe ihres früheren richtigen Standpunktes sich den sozialdemokratischen Forderungen unterworfen.“ Die Verlesung dieser Erklärung wurde vielfach mit Zwischenrufen und Unruhe begleitet.

Staatspräsident Dr. Hieber wandte sich gegen die Bemerkung, daß das Gesetz in seiner jetzigen Form anderen, als sachlichen Erwägungen entsprungen sei und legte namens der Staatsregierung nachdrücklich Verwahrung gegen diese Behauptung ein.

Abg. Scheef (Dem.): Die Erklärung der Rechten entspringe nicht sachlichen Erwägungen, sondern taktischen Absichten.

Abg. Vetz (Zentr.): Das Urteil über die Erklärung der Bürgerpartei können wir ruhig dem Volke überlassen. Wir haben in Dingen, die wir für weniger wichtig hielten, allerdings nachgegeben.

Abg. Heymann (Soz.): Die Erklärung ist diktiert von einem grenzenlosen Größenwahn, der sich eine günstige Plattform für die Wahlen schaffen möchte. (Präsident Walter rügt den Ausdruck „grenzenloser Größenwahn“.)

Abg. Dr. Gaehtan (D.B.): Wir sind von dem Vorgehen der Rechten überrascht und bedauern es aufrichtig.

Abg. Baille (V.B.): Wir achten die Gefühle des Korrespondenten, unsere Politik können wir aber nicht nach Gefühlen, sondern nur nach sachlichen Erwägungen einrichten. Die Aufregung des Hauses können wir umsoweniger verstehen, als ja ein großer Teil der Sozialdemokraten vor der Abstimmung den Saal verlassen hat, weil jene Abgeordneten nicht den Mut aufbringen konnten, offen für das Gesetz zu stimmen.

Abg. Dr. v. Blume (Dem.): Die V.B. hat ihrer Partei sache damit keinen Gefallen erwiesen.

Staatspräsident Dr. Hieber: Wenn die V.B. bisher im Großen und Ganzen von der Absicht geleitet war, die Wünsche der evangelischen Bevölkerung in Württemberg zu vertreten, so ist es doppelt bedauerlich, daß sie gerade jetzt eine ablehnende Haltung gegenüber einem Gesetz einnimmt, das auch der evang. Kirche weitgehend entgegenkommt. Die Haltung ist umsoweniger zu verstehen, als kein anderes Land den kirchlichen Interessen so weit entgegenkommt, wie gerade das württembergische Gesetz.

Abg. Baille (V.B.): Wenn Sie alle davon so sehr überzeugt sind, daß unser Verhalten und der Inhalt unserer Erklärung Schaden bringen wird, so ist der Schwall von Bormärschen, der nun gegen uns gerichtet wird, nicht zu verstehen. (Sehr richtig rechts.) Wir haben beschlossen, das Gesetz unter allen Umständen abzulehnen. (Hört, hört links.) Im Falle der Ablehnung hätten wir dem Landtag einen eigenen Gesetzentwurf unterbreitet, so daß die ganze Angelegenheit in verhältnismäßig kurzer Zeit hätte erledigt sein können. Unsere Erklärung hat lediglich Tatsachen und die Wahrheit festgestellt und daher die große Erregung! Haben Sie denn vollständig vergessen, daß wir Oppositionspartei sind (Wah! links), daß Sie es ständig ablehnen, mit uns eine Regierung zu bilden? (Erneute Applaus links.) Nur in Parlamenten, wo das Feminine herrscht, wird die Opposition zur Mitverantwortung herangezogen. (Sehr richtig! rechts.) Wäre nicht ist es, für das, was man tut, die Verantwortung zu übernehmen, aber sie nicht anderen aufzuladen. (Sehr gut, rechts.)

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Pfäuger (Soz.), Frau Etni (Dem.), v. Blume (Dem.) und Dr. Gaehtan (D.B.) kann die Debatte und damit die Sitzung geschlossen werden.

Zeit und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden dem Präsidenten anheimgegeben.

O Liebe, o Liebe, so golden schön,  
wie Morgenwolken auf jenen Höh'n  
Du leuchtest herrlich das frische Feld  
Im Blütenbunde die volle Welt

Goethe.

## Die Bauerngräfin.

Roman von Fr. Lehne.

87 (Nachdruck verboten.)

In diesem Augenblick aing Rosemarie an dem Plah der Weiden vorüber. Sie sah den Gatten in ansehendem vertranter Unterhaltung mit der Frau, die ihr gegenüber so ganz die Erfordernisse des Takties und einer guten Erziehung befehle gelassen.

Ein feindseliger Gesichtsausdruck war in ihr auf. So viel Ritterlichkeit mußte er doch besitzen, um die Generalin, die sich so genau fe benommen, zu meiden!

Und auf der Fahrt nach Hause blieb sie verflochten und wortlos, obwohl er ihr seine Empörung über Frau von Woldeck ausdrückte.

Sie verzog den Mund zu einem Lächeln. „Und dennoch läßt du dir den Hof machen.“ dachte sie in bitterem Spott. „Was ihr nicht aus dem Wege räumen.“ Am liebsten hätte sie ihm das gesagt: aber mütterliche Welle hätte er Schlüsse daraus gezogen, die ihr nicht angenehm oetwesen wären. Sollte er etwa gar Grund haben zu denken, sie sei eifersüchtig?

„Ach, lasse nur! Es lohnt sich nicht, daß du dich darüber änderst!“ Sie betonte das „du“. „Sprechen wir nicht weiter darüber! Ich wehre mich schon allein und bedarf wirklich keiner nachträglichen Versicherungen. Am liebsten habe ich mich heute abend sehr gut unterhalten!“

11.

„Dann kann ich dir auch nicht helfen, wenn du das nicht einsehen willst. Ich brauche eben etwas Herkennung und Ablenkung. Mein Gott, Ellane, so höre doch auf zu weinen, das ist ja unerträglich.“

Mit einer verzweifeltten Gebärde fuhr Hans Basso von Raubenberg an seinen Kopf und blieb vor seiner Frau

sitzen, die mit ihr verweintem Gesicht auf einem Divan lag und trotz der warmen Sommerluft, die durch die weit offenen Fenster ins Zimmer strömte, mit einer watterten, toteselben Decke zugedeckt war.

„Wenn ich mich so elend fühle, darf ich wirklich beanspruchen, daß du bei mir bleibst und nicht jede Woche zu deinem Vergnügen nach Berlin fährst.“

„Du wirst mir doch erlauben, daß ich ab und zu meine Freunde besuche oder mich mit ihnen treffe! Ich nehme schon so viel Rücksicht auf dich, sie nicht einzuladen.“

„Ratierlich! Deine Freunde gehen deiner Frau vor, das habe ich schon lange gemerkt!“ sagte sie mit weinerlicher Stimme.

Er suchte die Achseln, steckte die Hände in die Taschen seines hellen Beinkleides und pfiff: „Auch, du kannst tanzen wie meine Frau.“ Es war, als lobne es sich ihm nicht, Ellane noch eine Antwort zu geben.

„So lasse doch das Weinen — du weißt, wie nervös ich bin.“

„Ja, leider habe ich das in letzter Zeit genügend kennen gelernt. Und brauchst das wirklich nicht noch besonders zu betonen.“

Die junge Frau, die viel von ihrem zarten, mädchenhaften Aussehen verloren hatte, wühlte ihr Gesicht tief in die ledernen Kissen, um ihr lautlos Schluften zu unterbrechen. Mit einem bösen Blick sah Hans Basso auf sie herab und verließ, ohne ein Wort zu sagen, das Zimmer, indem er tragend die Tür hinter sich zuwarf.

Ellane richtete sich auf, strich über das verwöhnte, blonde Haar und betastete die rotgeweinnten Augen mit dem Taschentuch. Sie klingelte ihrer Jungfer, die ihr beim Aufstehen beifällig sein mußte.

„Wollen Frau Gräfin nicht auf die Terrasse oder in den Park gehen? Es ist so warm und schön.“ meinte das zierliche, hübsche Ding gutmütig. Es sah, daß es mal wieder Streit gegeben hatte; doch das war ja nichts Neues mehr. Die Jungfer bereitete ihrer Herrin auf der Terrasse ein bequemes Lager brachte auf einem schattigen Tischchen einige Erfrischungen, nachdem sie die Rosschuhwand so gestellt, daß die Strahlen der Nachmittagssonne die junge Frau nicht belästigten.

Mit großen, abwiesenden Augen blickte Ellane in das dicke, dunkle Grün der Bäume, in das wolkenlose, tiefe, feidige Blau des Himmels. Ach, sie empfand den stillen Frieden und die Schönheit dieses Sommertages nicht. In ihr war alles wund und weh; ihre zarte, empfindsame Seele wurde täglich durch Hans Basso's Rücksichtslosigkeit verletzt und oekränkt. Ihr etwas leidender Zustand erhellte Schminke. Tapelang ließ er sie heimlich allein, kümmerte sich nicht um sie. Ach, aus dem ritterlichen, huldvollen Berlobten hatte sich bald ein rücksichtsloser, brutaler Ehemann entwickelt, der Gott, den sie angebetet, als ein sehr irdischer Mensch empfand.

Dennoch ließ sie ihn noch immer mit ihrer schwärmerischen, verheerenden Liebe, und sie war sehr unglücklich, daß ihm diese Liebe nicht wurde und unbequem, was ein Ausfluß ihres inneren Schmerzes war — daß er sie nicht verstand, sich überhaupt keine Mühe mehr gab, sie zu verstehen.

„So allein, lieber Kind?“ Ellane wachte den Kopf ein wenig zur Seite, aus ihrem schmertlichen Sinnen aufgestreckt. Sie verzog den Mund zu einem wehmütigen Lächeln, als sie den Schwiegervater sah.

„Ach Papa, du weißt ja, wenn Basso Launen hat.“ Graf Raubenberg kam langsam näher und setzte sich neben Ellane. Er streichelte ihre Hände. „Liebes Kind, zürne ihm nicht, du kennst ihn ja, er meint es nicht so.“

„Aber manchmal muß ich denken, er liebt mich nicht mehr!“

„O nein, damit tust du ihm unrecht. Beschwere dein Köpchen nicht mit solchen Gedanken, teure Diane! Erinner dich, was der Arzt gesagt hat: keinen trüben, unnützen Gedanken nachhängen. Du hast keine Ursache dazu, und es schadet dir nur. Bald kommt eine Zeit, in der wir alle uns freuen werden.“

Ein rosiges Schimmer überflog ihr blaßes Gesicht; sie nickte lächelnd. Graf Raubenberg war recht gealtert; er hatte sehr durch seine Güte zu leiden, und das Gehen machte ihm viel Beschwerden, so daß er häufig im Fahrstuhl gefahren wurde.

„Wenn ich nur nicht so einsam wäre.“ sagte Ellane.

(Fortsetzung folgt.)

Weshalb ist der Haber so niedrig im Preis? ... Die Landwirtschaftskammer hat den Antrag gestellt, daß die Ausfuhr von Haber in die Schweiz freigegeben wird.

Gegen einen staatlichen Abbau der Kirchen. ... Die Kirchenstellen sind seit Kriegsende um 17 Prozent, die Kirchenstellen um 2-3 Prozent vermehrt worden.

Uebergang von der Grundschule zur höheren Schule. ... Die Tollwut hat in der letzten Zeit eine sehr starke Ausbreitung erlangt.

Schärfere Tollwutbekämpfung in Württemberg. ... Die Tollwut hat in der letzten Zeit eine sehr starke Ausbreitung erlangt.

Aufwertung und Resthypothek. ... Die Hypothekenaufwertung ist zum erstenmal in einem Urteil des Oberlandesgerichts Stuttgart entschieden worden.

Neuburg, 11. Febr. Am Samstag Abend wurde die Feuerwehr alarmiert. Im Hause des Johs. Kalmbach, Langenloch war ein Kaminbrand entstanden.

Stuttgart, 10. Febr. (Württ. Forstwirtschaftsrat) Unter dem Vorsitz des Grafen v. Nechberg tagte der Vorstand des Forstwirtschaftsrats der Landwirtschaftskammer...

Rundfunk in Württemberg. Die Stuttgarter Sendestation soll Ende März fertiggestellt sein, um am 1. April in Betrieb genommen werden zu können.

Zum Tode verurteilt! Vor der Strafkammer des Landgerichts Stuttgart fand der Prozeß gegen den 20 Jahre alten Schreiner Edwin Wink...

Leonberg, 10. Febr. (Pferdemarkt) Bei dem am nächsten Dienstag anlässlich des Pferdemarkts stattfindenden Reit- und Fahrtouren wird Luftschiffier Leitz aus Stuttgart...

Kottweil, 10. Febr. (Strafkammer) Oberlehrer Maier von Kirheim gründete neben dem von ihm geleiteten Kirchengesangverein noch einen Männergesangverein...

Maulbronn, 10. Febr. (Diebstahl) In einem Hause in Binäde wurde ein Diebstahl ausfindig gemacht und es wurden bis jetzt 2 Fahrräder, 1 Motorrad...

Sautgau, 10. Febr. (Anschlag) An das Wohnhaus des Maurers und Landwirts Baptist Lang wurde nachts eine Handgranate gelegt, die mit starkem Knall explodierte.

Kleine Nachrichten aus aller Welt. Das Secht-Attentat. Von der Berliner politischen Polizei wurde Major a. D. Gilbert verhaftet, der in der Affäre des geplanten Anschlags auf General v. Secht eine bisher noch ungeklärte Rolle gespielt hat.

Die sächsischen Demokraten für den Ausnahmezustand. Während die Demokraten im Reich die Aufhebung des Ausnahmezustands beantragen haben, nehmen die sächsischen Demokraten den Standpunkt ein, daß der Ausnahmezustand für die gegenwärtige Lage in Sachsen noch nicht als entbehrlich angesehen werden könne.

Eine neue deutsche Insel wieder aufgetaucht. Das Deutsche Reich ist um eine neue Insel vermehrt worden, die aus dem Meere auftauchte.

Rafowski Geschäftsträger in London. Der Vertreter der Sowjetregierung in London, Rafowski, stattete dem englischen Außenamt einen Besuch ab und überreichte dem Außenminister Macdonald die Antwort seiner Regierung auf die englische Note, in der die Anerkennung Sowjetrußlands ausgesprochen ist.

Konflikt zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten. Zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten ist es zu einem kleinen diplomatischen Konflikt gekommen.

Handel und Verkehr.

Table with exchange rates for Berlin, Amsterdam, Stockholm, Copenhagen, London, and Switzerland.

Unveränderter Großhandelsindex. In der Woche vom 2.-8. Februar hat der Großhandelsindex der Industrie- und Handelszeitung nur eine ganz unwesentliche Senkung erfahren.

Berliner Börse, 9. Febr. Die Schwankungen des Marktes sollen auch auf die Amsterdamer und New Yorker Börse übergriffen haben.

Amtl. Berliner Produktennotierungen vom 9. Febr. Weizen, märk. 156-158 G.M., fester; Roggen, märk. 132-136, pomm. 129-134, fester, westpr. 128-130; Brauereigerste 150-160, fester; Futtergerste 133 bis 140, fester; Haber, märk. 105-110, pomm. 100-105, fester; Weizenmehl 23,75-26,75, fester; Roggenmehl 21,5-23,25, fester; Weizenkleie 7,5-7,75, fester; Roggenkleie 6,3-6,5, fester; Raps 290, fester; Leinsaat 430-440, stetig; Viktoriaerbsen 25-26.

Winnenden, 9. Febr. Dem Fruchtmarkt waren 100 Jtr. Weizen, 204 Jtr. Haber, 19 Jtr. Roggen, 11 Jtr. Dinkel, 5 Jtr. Gerste zugeführt.

Württemberg. Dönningheim: Für einen Käufer wurden 22-33 M. bezahlt. - Spaichingen: Preis für das Paar Milchschweine 35-48 M. - Schömberg: Ein Paar Milchschweine galt 46 M. - Laupheim: Verkauft wurden 144 Saugschweine zu 18-21 und 6 Läufer zu 30-40 M.

Stuttgarter Marktpreise vom 9. Febr. Angesichts der reichen Zufuhren auf den Großmärkten hätte man sich heute in die Haupterntezzeit für Obst und Gemüse versetzt glauben können.

Donau, 7. Febr. Trotz der ungünstigen Witterung war der heutige Viehmarkt ziemlich stark besucht und fremde Händler am Platz. Nachfrage herrschte nach Hoch und niedrigen Kalbinnen.



## Letzte Nachrichten.

### Rundgebung gegen die finanzielle Überlastung des Mittelstandes.

WTB. Berlin, 11. Febr. Die Organisation des gewerblichen Mittelstandes veranstaltete gestern in der Automobillhalle eine stark besuchte Rundgebung gegen die finanzielle Überlastung des Mittelstandes. Das Reichswirtschaftsministerium, die Berliner Handelskammer und die Innungen, sowie Verbände verschiedener Zweige des Einzelhandels und der Hand der Haus- und Grundbesitzer hatten Vertreter entsandt, von den politischen Parteien die Deutsche Volkspartei und die Deutsche Wirtschaftspartei. Die Versammlung nahm eine Entschließung an, in der eine Vereinfachung des Steuerrechts und der Steuerverwaltung, sowie die Erhaltung eines gesunden Mittelstandes und die Stärkung des inneren Marktes durch Wiederbelebung der Bauwirtschaft vorläufig wird. — Ähnliche Rundgebungen wurden gleichzeitig in vielen deutschen Städten veranstaltet.

### Die nächste Reichstagswahl nach dem alten Reichswahlgesetz.

WTB. Berlin, 11. Febr. Die „Montagspost“ berichtet, zwischen dem Reichskanzler und den Parteiführern habe gestern eine Besprechung über die Aenderung des Reichswahlgesetzes stattgefunden. In der Besprechung seien Bedenken dahingehend geltend gemacht worden, ob es möglich sei, bei den großen vom Reichstag vor seiner Auflösung noch zu bewältigenden Aufgaben die nötige Zeit für die Beratung und Verabschiedung des vom Reichstabinet beschlossenen Entwurfs zur Aenderung des Reichswahlgesetzes zu finden. Man sei infolgedessen übereingekommen, von einer Weiterleitung des dem Reichstag bereits zugegangenen Entwurfs an den Reichstag abzusehen. Die nächsten Reichstagswahlen Mitte

Juni würden also nach den bisherigen Bestimmungen des Reichswahlgesetzes durchgeführt werden.

### Regelung der Eisenbahnfrage in der britischen Zone.

WTB. Paris, 9. Febr. Havaat b. H. H. in einer Mitteilung aus Düsseldorf, daß gestern in London zwischen den englischen und französischen Delegierten in der Rheinlandkommission eine Regelung der Eisenbahnfrage in der britischen Zone erfolgte. Das Abkommen ist auf der Grundlage des Abkommens abgeschlossen, das am 14. Dez. 1923 in Paris zwischen dem Vertreter der Eisenbahnen und den Vertretern der Reichseisenbahn vereinbart wurde. Nach diesem Abkommen bleiben die Eisenbahnen im Besitze des Reiches unter der Leitung der deutschen Reichseisenbahn, jedoch wird der Eisenbahnregie alle notwendige Erleichterung gegeben, ihre Lage durch die britische Besatzungszone der Bahn zu verbessern, damit der normale Eisenbahnverkehr, wie er vor der Besetzung des Ruhrgebiets bestanden hat, wiederhergestellt werden kann.

### Die französisch belgische Eisenbahnregie.

WTB. Paris, 10. Febr. Das Abkommen über den Eisenbahnverkehr in der britischen Zone gibt dem „Journal des Debats“ Anlaß zu erklären, daß die französisch-belgische Eisenbahnregie baldigst verschwinden müsse. Im Interesse der Besatzungsmächte und der betroffenen Gebiete müßten die fremden Eisenbahner nach Hause zurückkehren.

### Ein italienische Stimme zum Abkommen zwischen Wilson und Clemenceau.

WTB. Rom, 10. Febr. Der frühere italienische Ministerpräsident Orlando bekräftigt in einer Unterredung mit einem Vertreter des „Giornale d'Italia“, daß Wilson und Clemenceau, wie in Konferenzen allseits bekannt gewesen sei, zwar nicht einen Vertrag, wohl aber ein Abkommen über die Besetzung der Rheinlande abgeschlossen

hätten. Orlando habe keinen Anteil daran gehabt.

Das Blatt bemerkt dazu, Wilson, der neue Mann und Rosen, sei so allen seinen 14 Punkten untreu geworden, in dem er Deutsche an die Tschechen und Polen verpfändet habe und den Franzosen den Einzug in das Rheinland bewilligte, obwohl sie schon damals die Absicht gehabt hätten, dort zu bleiben.

### Separatistische Forderungen zum Niederrhein.

WTB. Birmensdorf, 9. Febr. Der Gewerkschaftsrat der Stadtverwaltung Birmensdorf hat folgende Resolution in Umlauf gesetzt: Inhaber dieses ist berechtigt, Lebensmittel, Häfen, Holz, Holzwaren und Holzleihen zu beschlagnahmen. — Die Plünderungen, die in der letzten Zeit unter der Abgabe solcher Scheine stattgefunden haben, haben jetzt etwas nachgelassen und zwar auf das Grenzgebiet der französischen Besatzungsgebiete. Auf dem Städtchen dagegen werden die Plünderungen immer häufiger.

### 30 Holzwerker von einer Revolte verurteilt.

WTB. Salzburg, 9. Febr. Nach einer Meldung des „Salzburger Volksblattes“ ist gestern im Schreindorf bei Finknbach eine Revolte niedergegangen, die ein Holzgebäude, in welchem sich 30 Holzarbeiter befanden, zerstörte. Bei den sofort aufgenommenen Rettungsarbeiten konnte ein Holzarbeiter nur noch als Leiche geborgen werden. 12 weitere Arbeiter wurden schwer, die anderen leicht verletzt. Auch in der Gegend von Salzburg sind mehrere Revolten niedergegangen. Dabei fanden in einem Falle zwei Telegraphenarbeiter, in einem anderen Falle 3 Holzarbeiter und 3 Schulmädchen den Tod. Bei der Besetzung eines Elektrizitätswerkes wurden 5 Personen getötet.

Für die Schlichtung verantwortlich: Ludwig Kauf. Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig.

### Stadtgemeinde Calw.

Der auf kommenden Mittwoch, 13. Februar 1924 fällige **Pferde-, Vieh- und Schweinemarkt** ist wegen Ausbruchs der Maul- und Klauenseuche **verboten.**

Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß Marktanzeigen künftig in diesem Blatt nicht mehr veröffentlicht werden, sondern nur ein etwaiger Ausfall des Marktes bekannt gegeben wird.

Calw, den 9. Februar 1924.

Stadtsekretär: G. Sauer.

Altensteig.

**Raucher! Raucher!**



erprobt

**Hamburger Fehlfarbe**

20 Pfg. Cigarre

in Größe und Güte unübertroffen!

von

**Lorenz Luz jr.** Steuerlager  
für Tabakwaren-Groß- und -Kleinhandel.  
Telefon Nr. 46.

## Patentbriefe

empfiehlt die  
W. Rieker'sche Buchhandlung.

# Für die Industrie

empfehle ich:

**Maschinen-Oel**  
in verschiedenen Qual.  
**Elektromot.-Oel**  
**Automotoren-**  
**Boden-**  
**Schleif-**

**Cons. Fett**  
**Wagenfett**  
in Käß. v. 2 / - 20 kg.

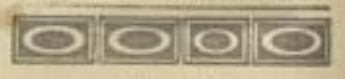
**Riemenfett**  
in Stangen  
**Putzwolle**  
**Petroleum**  
**Lederleim**  
**Knochenleim**

**Wilh Frey**  
Engroß-Geschäft  
Altensteig.

Ein großes, neues

## Tafelklavier

verkauf Samstag, den 16. ds. Mts., nachmittags 1 Uhr.  
**Johannes Herter**  
Martinsmood, Korngasse.



Altensteig.

## Sprengpulver

sowie  
**Sicherheits-Sprengstoffe**  
mit Zündschnur u. Kapseln  
empfehlen

**Lorenz Luz jr.**  
Telefon 46.



Herter'sches.  
Herter'sches: Frau Luise  
Bergstrasse, geb. Frey.

Altensteig.



## In Ulmerpflügen

**Pflugkörpern u. Pflugteilen**

sind die Preise  
auf den Friedenswert gesunken.

Ich empfehle mein gutsortiertes Lager  
zum nunmehrigen Einkauf.

**Paul Beck.**

## Druckarbeiten

sind wieder billiger.

Alle Arten von Druckarbeiten  
fertigt prompt und preiswert

die

## Rieker'sche Buchdruckerei

Telefon 11. Altensteig. Telefon 11.

## Jetzt ist es Zeit,



daß Sie Ihr Rad  
emaillieren u. vernickeln  
lassen.

Rahmenbrüche jeder Art, umbauen, emaillieren und vernickeln werden prompt und billig ausgeführt. Sämtliche Ersatzteile.

**W. Mettler, Höfen bei Wildbad**  
Telefon Nr. 11  
Email- und Vernicklungsanstalt.

## Postkarten-Albums

empfiehlt in schöner Auswahl die  
W. Rieker'sche Buchhandlung Altensteig.

## Leinöl

roh und gekocht

garantiert rein holländisches, trifft demnachst  
1 Wagon ein und empfiehlt billigst

**J. J. Hähnle**  
Dornstetten  
Telefon Nr. 2.

# Alles

vermittelt schnell und billig eine  
Anzeige in der Schwarzwälder  
Tageszeitung „Aus den Tannen“.